

Produktgruppe Justizariat

Die Zielsetzung der Produktgruppe Justizariat besteht darin, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen, Konflikte zu lösen und sowohl die zentrale Rechtsausübung als auch die Durchsetzung kommunaler Interessen sicherzustellen.

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen

Auch 2014 beriet die OE Recht Politik und Verwaltungsspitze (rechts-)strategisch. Sie unterstützte die Dezernate bei der Entwicklung und Ausgestaltung gesamtstädtischer Konzept/dezernatsübergreifender Projekte, wie z. B.:

- Verfahren zur Entwicklung der nördlichen Innenstadt/ „Entwicklungskonzept Innenstadt“
- Schlüsselbuskonzept

Rechtsservice für Fachbereiche:

Die OE Recht führte 2014 als Bevollmächtigte der Stadt Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten, den Zivilgerichten und den Arbeitsgerichten. Zudem koordinierte sie die Beauftragung von Kanzleien und die städtische Zusammenarbeit mit Rechts-anwälten sowie – bei Rechtsstreitigkeiten - mit dem Bad. Gemeindeversicherungsverband (BGV).

Verwaltungsintern ist die OE Recht Ansprechpartnerin in sämtlichen rechtlichen Belangen. Sie beantwortet Anfragen aus allen städtischen Bereichen sowie der Eigenbetriebe/des AZV, prüft Einzelprobleme und begleitet insbesondere rechtlich komplexe Verwaltungsverfahren. In wöchentlichen Jours Fixes berät sie im Bau-recht und allgemeinen Ordnungsrecht, da sich hier aufgrund der fachlichen Aufgaben regelmäßig komplexere rechtliche Fragestellungen ergeben.

Bei der Bearbeitung von Satzungen und Verordnungen wird die OE Recht frühzeitig eingebunden und prüft den Text abschließend rechtlich. In 2014 hat die OE Recht z.B. die TBO intensiv bei der Neufassung ihrer Betriebs-satzung unterstützt; auch die Hauptsatzung hat sie überarbeitet.

Darüber hinaus unterstützt die OE Recht durch die Organisation interner Schulungen die rechtliche Sicherheit bei der Verwaltungsarbeit und trägt zu deren Qualitätssicherung bei. So organisierte sie 2014 eine interne Schulung zur Bewertung von Stellen nach den Tarifverträgen.

Im Anschluss an die Kommunalwahlen 2014 konzipierte, organisierte und plante die OE Recht eine Kommunalrechtsschulung für alle Gemeinde- und Ortschaftsratsmitglieder, die große Resonanz fand. An vier Schulungsterminen nahmen mittlerweile über 70 Personen teil.

Gremienberatung:

Die OE Recht ist Ansprechpartnerin für rechtliche Fragen der Mitglieder des Gemeinderates und seiner Ausschüsse, der Ortschaftsräte sowie der Sitzungsleitungen. Dieses Angebot wird insbesondere in Vorbereitung auf Sitzungen und bei Fragen zu deren ordnungsgemäßem Ablauf (z.B. Antragstellungen, Protokollierung und Befangenheiten) stark nachgefragt. Die Nachfrage hat nach der Kommunalwahl nochmals deutlich zugenommen, was sich wohl durch die Wahl zahlreicher neuer Gremienmitglieder erklären lässt.

Datenschutz:

Der behördlichen Datenschutzbeauftragten obliegt es, einerseits die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes sicherzustellen und andererseits als Service-stelle für die Fachbereiche und die einzelnen Beschäftigten deren datenschutzrechtliche Fragestellungen zu bearbeiten.

Sonstiges:

Die OE Recht führte den Vorsitz im Gemein-dewahlausschuss (GWA) und war somit gemeinsam mit dem Wahlleiter für die rechtmäßige Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl 2014 zuständig. Sie prüfte die Wahlvorschläge, leitete die Sitzungen des GWA und stellte das Ergebnis fest. Bei einer Überprüfung des Regierungspräsidiums konnte sie die Rechtmäßigkeit des Wahlverfahrens erfolgreich darlegen.

Die OE Recht ist Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sie prüft Rügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich aufgrund der im AGG genannten Gründe benachteiligt fühlen.

Als Koordinationsstelle der Lenkungsgruppe der Kommunalen Kriminal-Prävention (KKP) zeichnet die OE Recht für deren Außendarstellung verantwortlich.